

## Changes in the statistical concepts of ownership and economic sector classification

Classification of sectors and industrial enterprises by ownership since 1985			
<i>state-owned</i>	<i>collectively owned</i> urban and rural collectively owned enterprises; enterprises registered with the State Administration of Industry and Commerce as collective units.  1) township enterprises 2) village enterprises 3) cooperative enterprises	<i>individually owned</i> urban and rural individually owned enterprises; enterprises registered with the State Administration of Industry and Commerce.	<i>other forms of ownership</i> 1) enterprises of the private economy: jointly owned enterprises, shareholding enterprises, foreign-funded enterprises. 2) companies funded by entrepreneurs from Hong Kong, Macao and Taiwan (including joint ventures with mainland enterprises and wholly owned companies). 3) other types of enterprises

Additional classification of industrial enterprises by ownership at and above the township level since 1993				
<i>state-owned</i>	<i>collectively owned</i>	<i>shareholding enterprises</i>	<i>foreign-funded enterprises</i>	<i>enterprises funded by Overseas Chinese from Hong Kong, Macao and Taiwan</i>

Classification of economic sectors by ownership in September 1998	
<i>publicly owned economy</i>  1) state-owned sector 2) collectively owned sector	<i>non-publicly owned economy</i>  1) privately owned sector 2) sector of the economy funded by investors from Hong Kong, Macao and Taiwan 3) sector of the economy funded by foreign investors

Quelle: *Statistical Yearbook of China*, verschiedene Jahrgänge; "Wo guo zhongxin huafen jingji chengfen leixing" (Important new classification of economic sectors), *Jingji Ribao*, 30.9.98.

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 32 Elsie Leung bleibt für weitere zwei Jahre Sekretärin für Justiz

Die seit der Übergabe Hongkongs im Jahr 1997 im Amt befindliche Sekretärin für Justiz (engl. Secretary of Justice, mit Ministeraufgaben) Elsie Leung Oi-sie (Liang Aishi) wird für weitere zwei Jahre in diesem Amt bleiben. Die Entscheidung des Regierungschefs Tung Chee-hwa für eine Verlängerung ihres ursprünglich im Juni 2000 auslaufenden Vertrags bis Ende Juni 2002 wurde Mitte Mai bekannt gegeben. In seiner Begründung würdigte Tung die hervorragenden

de Arbeit und die exzellenten Qualitäten, die Frau Leung in den vergangenen Jahren in den sensiblen und großen Herausforderungen stellenden Amt unter Beweis gestellt habe (XNA, 16.5.00, RTHK 3, 16.5.00, nach SWB, 18.5.00).

Die Verlängerung der Amtszeit der 61-Jährigen stieß auf heftige Proteste demokratischer Kräfte in Hongkong. Angeführt von Prominenten wie etwa Martin Lee von der Demokratischen Partei und Margaret Ng, Abgeordnete im Legislativrat, warfen diese Elsie Leung vor, während ihrer bisherigen Amtszeit keinen ausreichenden Beitrag für die Gewährleistung der juristischen Autonomie Hongkongs geleistet zu haben.

Insbesondere wurde sie beschuldigt, in der kontroversen Frage des permanenten Aufenthaltsrechts („right of abode“) für Nachkommen von Hong-

kongern maßgeblich dafür verantwortlich gewesen zu sein, dass im Frühjahr 1999 der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses in Beijing um eine Auslegung des Hongkonger Grundgesetzes gebeten wurde. Dieser Schritt hatte zu einer Revision des im Januar 1999 ergangenen Urteils des Obersten Berufungsgerichts (Court of Final Appeal) der Sonderverwaltungszone geführt und eine tiefe Verfassungskrise in Hongkong ausgelöst, deren psychologische Nachwirkungen im politischen und gesellschaftlichen Leben bis heute zu spüren sind (vgl. C.a., 1999/1, Ü 35, 1999/5, Ü 22, 1999/6, Ü 26, 2000/1, Ü 35). Verfehlungen wurden ihr ferner in der Frage der Auslieferung von auf dem Festland verhafteten Hongkonger Bürgern vorgeworfen (vgl. C.a., 2000/3, Ü 34). Nach Bekanntwerden der Verlängerung der Amtszeit sollen rund tausend Personen vor dem Gebäude des Legisla-



tivrats demonstriert und den Rücktritt von Frau Leung gefordert haben (RTHK 3., 16., 17., 21.5.00, nach SWB, 18., 19., 23.5.00).

Die Sensibilität der Hongkonger Bevölkerung hinsichtlich einer wahrgenommenen Gefährdung der juristischen Autonomie der Sonderverwaltungszone war wenige Tage zuvor besonders plastisch zu Tage getreten, als zwei der vier permanenten Richter des Obersten Berufungsgerichts ihre Entscheidung bekannt gaben, demnächst in den Ruhestand zu treten. Obwohl durchaus glaubhaft vermittelt worden war, dass die Entscheidungen des 65-jährigen Charles Ching und des 66-jährigen Henry Litton durch persönliche Gründe motiviert waren, rankten sich doch zahlreiche Spekulationen darum, ob die beiden sich nicht doch aus Frustration über die Intervention Beijings in der Frage des Aufenthaltsrechts zu diesem Schritt entschlossen haben könnten. Die Nachfolger der beiden werden der 52-jährige Patrick Chan und der 51-jährige Roberto Ribeiro sein (SCMP, 11., 12., 14.5.00). -hol-

### 33 Zweifel an der Berichterstattung des Informationszentrums für Menschenrechte und Demokratiebewegung in China

Die Berichterstattung des in Hongkong angesiedelten Informationszentrums für Menschenrechte und Demokratiebewegung in China (chin. *Zhongguo renquan minyun xinxi zhongxin*; engl. Information Centre for Human Rights and Democratic Movement in China) ist Gegenstand scharfer Kritik von Seiten der Beijing-nahen Hongkonger Monatszeitschrift *Jingbao* geworden (JB, 2000/5, S.94/95).

In einem Artikel in der Maiausgabe der Zeitschrift wurde dem Gründer und Leiter des Informationszentrums, Frank Lu (chin. Lu Siqing) vorgeworfen, falsche bzw. übertriebene Informationen über China zu verbreiten und auf diese Weise mit westlichen, insbesondere amerikanischen Anti-China-Kräften zu kollaborieren. Frank Lu sei 1993 illegal vom Festland nach Hongkong eingewandert und habe dort von den britischen Behörden

eine temporäre Aufenthaltserlaubnis erhalten. Dort habe er sich als Vertreter antikommunistischer, demokratischer Kräfte Prominenz erworben und sei 1999 in die USA gereist, wo er einen Preis für seine journalistische Arbeit entgegengenommen habe. Seither genieße sein Informationszentrum unter westlichen Medien große Beliebtheit.

Der Artikel versucht zu belegen, dass bei einigen jüngeren Berichten über Verhaftungen von Falungong-Anhängern, über einen Strafprozess gegen Jiang Zemins Neffen sowie über Arbeiterproteste in verschiedenen chinesischen Provinzen die relevanten Informationen teilweise auf „reinen Erfindungen“ teilweise auf „Gerüchten und Verleumdungen zur Verunglimpfung des eigenen Landes“ beruhten. Die argumentative Logik, mit der einzelne „falsche“ Zahlen und Fakten im Detail widerlegt werden, ohne dass eine glaubwürdige Gegendarstellung der „richtigen“ Fakten erfolgt, erscheint allerdings selbst erheblich verzerrt und damit selbst als Opfer der restriktiven Informationspolitik der Volksrepublik.

Zur Erläuterung sei hier eine kurze Passage aus dem *Jingbao*-Artikel übersetzt, die ein bezeichnendes Licht auf die verwendeten Argumentationsstrategien wirft: „Am 2. April [2000] brachte das 'Informationszentrum' eine Meldung, wonach am 1. April in einer Kohlenmine in Liuzhi in der Provinz Sichuan rund 500 Bergleute die Eisenbahnlinie Guiyang-Kunming blockiert hätten und daraufhin mehrere hundert Sicherheitskräfte ausgesandt worden seien, um die Arbeiterproteste aufzulösen und Verspätungen im Schienentransport zu verhindern [...]. Wie jedoch von mehreren Seiten nachweislich bestätigt worden ist, haben sich am 1. April in der Kohlenmine von Liuzhi keinerlei Demonstrationen oder Proteste ereignet, wozu hätten da also Hunderterschafften von Polizisten zur Auflösung von Protesten ausgeschiedt werden sollen? Noch lächerlicher ist die Tatsache, dass es in der Provinz Sichuan überhaupt keine Kohlenmine in Liuzhi gibt. Wer auch nur die geringsten geographischen Grundkenntnisse über China besitzt, weiß schließlich, dass die Eisenbahnlinie Guiyang-Kunming gar nicht durch das Territorium der Provinz Sichuan führt. Hier haben wir also ein weiteres Beispiel

dafür, wie das 'Informationszentrum' Nachrichten fabriziert.“ (ebd., S.95).

Zieht man einen chinesischen Atlas zu Rate, so zeigt sich, dass das Hongkonger Informationszentrum hier tatsächlich einen Fehler in der Berichterstattung begangen hat: Die Kreisstadt Liuzhi liegt nämlich nicht in der Provinz Sichuan, sondern in der Provinz Guizhou, und dort zwar tatsächlich an der Eisenbahnlinie Guiyang-Kunming. Es erscheint also durchaus plausibel, dass sich die Proteste in der beschriebenen Form zugetragen haben, die informelle Kommunikationsweise aber zu dem Lokalisierungsfehler geführt hat. Die bereits in sich alogische Passage des *Jingbao*-Artikels („nachweislich keine Proteste in der Kohlenmine von Liuzhi“ - „es gibt überhaupt keine Kohlenmine von Liuzhi (in Sichuan)“), die sich ironischerweise noch auf geographische Grundkenntnisse beruft, verschweigt aber gerade die simple Tatsache, dass Liuzhi in der Provinz Guizhou liegt, und glaubt, damit den Gehalt der Meldung zu widerlegen.

Trotz dieser verzerrten Logik des „Faktischen“ trifft der Artikel andererseits durchaus einen sensiblen Nerv der Hongkonger und internationalen Berichterstattung über die Volksrepublik. Gerade auch im Zusammenhang mit den Falungong-Ereignissen wurde die starke Abhängigkeit der westlichen Medien (einschließlich auch der eigenen Berichterstattung der Autorin in *China aktuell*) von den Meldungen des Informationszentrums für Menschenrechte und Demokratiebewegung in China deutlich, dem auf diesem Gebiet gewissermaßen eine Monopolstellung zukommt.

So rühmt sich Frank Lu angeblich, dass er mit seinen Berichten „anderen berühmten“ Menschenrechtsorganisationen zeitlich regelmäßig voraus sei. Allein im Jahr 1998 hätten über tausend Berichte der drei Nachrichtenagenturen AP, AFP und Reuters auf Informationen seines Zentrums gefußt. Bei dem Informationszentrum scheint es sich im Wesentlichen um eine „Ein-Mann-Veranstaltung“ Frank Lus zu handeln, der seine Informationen in erster Linie durch häufig anonyme Telefonate und Faxschreiben vom Festland bezieht (Patsy Rahn, „The Falun Gong: Beyond



the Headlines“, Konferenzpapier für „American Family Foundation's Annual Conference“, veröffentlicht in: <http://sun.sino.uni-heidelberg.de/staff/bth/FalunRAHN.htm>; Christoph Heinze, „Hongkong“, Rundfunksendung in NDR 4, 11.5.00, 19.30-20.00h). Auf der Grundlage der „Ein Land, zwei Systeme“-Politik in Hongkong konnte Frank Lu bisher seine Aktivitäten weitgehend unbehelligt fortsetzen; juristische Handhabe gegen ihn entsteht etwa erst bei einer restriktiven Auslegung des sich gegen Abspaltung, „Staatsverrat“ und Diebstahl von Staatsgeheimnissen wendenden Artikels 23 des Hongkonger Grundgesetzes (vgl. C.a., 2000/2, Ü 36).

Für die internationalen Medien kann die jüngste Kritik an der Berichterstattung des Hongkonger Informationszentrums Anlass sein, die unhinterfragte Übernahme von Informationen zu überdenken. Zugleich ist aber auch zu sehen, dass das Informationsmonopol, über das Frank Lu in der Berichterstattung vor allem über Falungong und soziale Proteste in China verfügt, direkter Ausfluss der hochgradig restriktiven Informationspolitik der VR China ist, die eine Verifizierung der Informationen eben gerade verhindert. Angesichts der Beschneidung journalistischer Freiheiten und der Normierung, wenn nicht gar vollständigen Tabuisierung der Berichterstattung über „sensitive“ Themen auf dem Festland kommt Gerüchten und auf der Basis persönlicher Bekanntschaften diskret transportierten „Insider“-Meldungen eine zentrale Rolle innerhalb der gesellschaftlichen Informationsbeschaffung zu. Die Hongkonger Medien erfüllen gegenüber dem Festland seit langem zentrale Funktionen als Filter, Spiegel und Multiplikatoren dieser Gerüchte und Insider-Informationen.

Angesichts dieses „natürlichen Monopols“ des Hongkonger Informationszentrums bestehen wenige Möglichkeiten, dessen Berichterstattung zu überprüfen oder durch das Hinzuziehen anderer Quellen einen objektivierenden Ausgleich herzustellen. In vielen Fällen, insbesondere aber hinsichtlich von Arbeiter- und anderen sozialen Protesten in der Volksrepublik, besteht die Alternative oft nur in der unverifizierten Übernahme der Informationen

oder dem gänzlichen Verzicht auf eine Berichterstattung. -hol-

### 34 Nationale Empörung über Versteigerung gestohlener Kunstschätze

Zwei Auktionen in Hongkong, die eine von Christie's am 30. April, die andere von Sotheby's am 2. Mai, haben die Gemüter der Chinesen sowohl auf dem Festland als auch in Hongkong erregt. Der Grund war, dass auf beiden Auktionen Kunstschätze versteigert wurden, die 1860 bei der Zerstörung des Sommerpalastes Yuan Ming Yuan in Beijing durch britische und französische Truppen gestohlen worden waren und heute in China als nationale Schätze gelten. Es handelte sich um drei bronzene Tierköpfe (Affe, Ochse und Tiger), die zu einer Gruppe von zwölf Tierkreisfiguren an einem Brunnen im Sommerpalast gehörten, sowie um eine sechseckige Vase, die vom Qianlong-Kaiser in Auftrag gegeben worden war. Im Vorfeld hatte die Zentralregierung in Beijing Protest gegen die Auktionen eingelegt und beide Auktionshäuser vergeblich aufgefordert, die Versteigerungen abzusetzen. In Hongkong selbst versuchten jeweils mehrere Personen, die Auktionsäle zu stürmen und die Versteigerung zu verhindern, konnten jedoch von Sicherheitskräften zurückgewiesen werden.

Bemerkenswert ist, dass die Auktionsgegner in Hongkong Mitglieder der Demokratischen Partei und der Aktionsgruppe 5. April waren. Beide Gruppen werden von Beijing kritisch betrachtet, die zweite sogar als subversiv. Die Protestierer empfanden die Auktion als nationale Beleidigung und gaben sich patriotisch, während die Hongkonger Regierung durch den Sekretär für innere Angelegenheiten verbreiten ließ, dass sie nicht gedenke, gegen derartige kommerzielle Aktivitäten etwas zu unternehmen. Zudem gaben Vertreter der Hongkonger Regierung zu verstehen, dass dies eine Angelegenheit Beijings sei, da die Beziehungen zu ausländischen Regierungen betroffen seien. Hongkong unterschreibe zwar den Grundsatz, dass kulturelle Denkmäler Chinas zu schützen seien, aber in diesem Falle biete die Hongkonger Gesetzeslage keine

Handhabe zum Intervenieren. Dies sei das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“. (Vgl. SCMP, 1. u. 2.5.00)

Das Ergebnis der Auktionen war übrigens, dass alle vier genannten Kunstschätze von China zurückgekauft wurden. Die drei Tierköpfe erwarb für insgesamt 31,4 Mio. HK\$ ein Vertreter der China Poly Group, eines staatlichen Unternehmens, das früher im Besitz der Volksbefreiungsarmee gewesen sein soll und dem enge Beziehungen zur Familie Deng Xiaopings nachgesagt werden. Die Vase konnte die Beijing Cultural Relics Company für 20,9 Mio. HK\$ ersteigern. Dieses Unternehmen untersteht der Beijinger Stadtregierung. Die China Poly Group ist bekannt dafür, dass sie gestohlene chinesische Kunstschätze auf internationalen Auktionen zurückkauft. Sie hat 1999 in Beijing ein Museum eingerichtet, in dem diese Kunstgegenstände ausgestellt sind. (Vgl. SCMP, 1. bis 3.5.00)

Der Fall ist in zweierlei Hinsicht von Bedeutung. Da ist erstens die rechtliche Seite, die recht kompliziert ist. Für die SVR Hongkong ist die internationale Konvention über nationale Schätze bindend, die jedoch nur für Kriegszeiten gilt. Zwei weitere internationale Übereinkommen, die Konvention der UNESCO von 1970 über den Besitz kulturellen Eigentums und die Unidroit-Konvention von 1995 über gestohlene oder illegal exportierte Kunstgegenstände, sind im vorliegenden Fall nicht anzuwenden. Beijing ist zwar beiden Konventionen beigetreten, hat aber bisher nicht deren Gültigkeit für die SVR Hongkong erklärt. Laut Artikel 153 des Grundgesetzes (Basic Law) entscheidet die Zentralregierung der VR China, ob die SVR internationalen Verträgen, die die VR China unterzeichnet hat, beitreten soll. Allerdings sind die beiden Konventionen in diesem Fall nicht heranzuziehen, weil die besagten Kunstgegenstände vor 140 Jahren gestohlen wurden und die Konventionen keine rückwirkende Gesetzeskraft haben. Die fraglichen Gegenstände haben seit über einem Jahrhundert mehrfach den Besitzer gewechselt und waren von den letzten Besitzern rechtmäßig erworben worden. (Vgl. SCMP, 2. bis 4.5.00)



Zweitens verdient der Fall Beachtung, weil sich an ihm patriotische Gefühle entzündeten, wie sie sonst nur aus Festlandchina bekannt sind. Dass die Reaktionen in Beijing heftig ausfallen würden, damit war zu rechnen. Aus Beijinger Sicht, die in der festlandchinesischen Presse ausführlich dargelegt wurde (z.B. RMRB, 1.5.00, S. 5; GMRB, 1. u. 3.5.00, S.1, 9.5.00, S. C4), verletzen die Auktionen die Gefühle der Chinesen. Dass sie aber auch bei der Hongkonger Bevölkerung patriotische Gefühle weckten, ist nicht selbstverständlich, denn ihr wird nachgesagt, dass sie traditionell eher kosmopolitisch eingestellt und in erster Linie am wirtschaftlichen Erfolg interessiert ist. Zwar hat es bereits in den letzten Jahren patriotische Proteste in Hongkong gegeben (z.B. 1997 um die Diaoyutai-Inseln, s. C.a., 1997/5, Ü 28), aber diese schienen eher von prochinesischen Kräften inszeniert gewesen zu sein. Jetzt kam der aktive Protest unerwarteterweise von Gruppen, die Beijing gegenüber kritisch eingestellt sind. Ihre Proteste wurden jedoch von einem großen Teil der Hongkonger Bevölkerung getragen, darunter von mehreren Abgeordneten und Regierungsvertretern. Nicht zuletzt Tung Chee-hwa selbst äußerte sich öffentlich, indem er auf einer Gedenkveranstaltung anlässlich der Bewegung des 4. Mai 1919 betonte, dass sich in der starken Reaktion der Hongkonger Bevölkerung auf die Auktionen deren Patriotismus widerspiegeln (SCMP, 5.5.00). Es scheint, dass die Hongkonger mehr und mehr ihre chinesische Identität entdecken. -st-

### 35 Eliteschulen fürchten um ihre Existenz

Im Mai 2000 wurde ein Dokument der Bildungsbehörde bekannt, in dem die anstehenden Reformvorschläge dargelegt sind; es handelt sich um ein Diskussionspapier, das noch keine Beschlüsse vorwegnimmt. Ein darin angesprochener Aspekt der Bildungsreform, nämlich die Abschaffung der Einstufung der Schüler in fünf Gruppen je nach ihren Fähigkeiten, wird besonders von Seiten der Eliteschulen abgelehnt, denn sie fürchten um ihre Existenz. Nach dem Reformentwurf ist vorgesehen, das Einstufungssystem (das sog. „banding“) von gegenwärtig

fünf Stufen ab 2001 auf drei Stufen zu reduzieren und es schließlich ganz abzuschaffen. Damit soll verhindert werden, dass das Abschneiden der Grundschüler bei den Einstufungsprüfungen schon im frühen Alter über ihre gesamte Schulkarriere entscheidet, und die Chancengleichheit erhöht wird. Zugleich soll das Prinzip eingeführt werden, dass die Schulen die Kinder in ihrem Einzugsgebiet aufnehmen müssen, d.h. dass sie sich ihre Schüler nur noch beschränkt aussuchen dürfen. Gegenwärtig dürfen sich Grundschulen 65% der Schüler, die sie aufnehmen wollen, selbst auswählen. Dieser Anteil soll nun auf 15% herabgesetzt werden, während ihnen 85% der Schüler zentral zugewiesen werden sollen. Gegen diese Maßnahme sind vor allem Eliteschulen, Konfessionsschulen und andere Schulen mit traditionellen Beziehungen zu bestimmten Kreisen. Künftig werden sie es sowohl im Hinblick auf Begabung als auch im Hinblick auf Herkunft mit weniger homogenen Schülergruppen zu tun haben. Besser fahren demgegenüber die Sekundarschulen. Als Ausgleich für die heterogener zusammengesetzte Schülerschar, die sie von den Primarschulen übernehmen müssen, soll sich bei ihnen der Anteil der Schüler, die sie selbst auswählen können, von gegenwärtig 15% auf 20% im Schuljahr 2001/02 und auf 30% im Schuljahr 2005/06 erhöhen. (SCMP, 6. u. 10.5.00)

Dennoch sehen die prestigereichen Sekundarschulen sich in ihrer Existenz bedroht. Kritik kommt auch von Elternseite, weil die freie Schulwahl künftig eingeschränkt wird. Allgemein wird angenommen, dass durch die Bildungsreform die Eliteschulen auf der Strecke bleiben. Dies ist zwar nicht beabsichtigt, wird von Seiten der Bildungskommission versichert, ein solches Ergebnis wird aber auch nicht ausgeschlossen (SCMP, 9.5.00). Eine Reihe angesehener Sekundarschulen erwägt daher, den Status einer öffentlichen Schule aufzugeben, Schulgeld zu erheben und sich von der Regierung lediglich subventionieren zu lassen („direct subsidy scheme“). Auf diese Weise würden sie sich eine größere Autonomie erhalten und könnten flexibler handeln. Zur Zeit erhalten nach diesem System, das Anfang der neunziger Jahre eingeführt wurde, 18 Sekun-

darschulen direkte Subventionen, deren Höhe sich nach der Zahl der aufgenommenen Schüler richtet. Die Regierung hat jedoch schon deutlich gemacht, dass von den insgesamt 36 öffentlichen Sekundarschulen höchstens drei die Genehmigung bekommen werden, in das Subventionssystem überzuwechseln. (SCMP, 16. u. 17.5.00)

Das Schicksal der Eliteschulen ist mehr als ungewiss, und dies in einer Zeit, in der nach Meinung vieler Eltern und vor allem der Wirtschaft die Nachfrage nach Elitebildung steigt. Demgegenüber muss allerdings auch in Betracht gezogen werden, dass das Hongkonger Schulsystem noch sehr stark von traditionellen Bildungskonzeptionen geprägt ist und es an der Zeit ist, die Bildungschancen für breitere Schichten zu öffnen, ein Schritt, den die meisten entwickelten Länder bereits vor mehreren Jahrzehnten vollzogen haben. Es wird darauf ankommen, beides zu seinem Recht kommen zu lassen: sowohl Breiten- als auch Elitebildung. -st-

### 36 Diskussion um Kosten der Bildungsreform

Während in Hongkong noch über die Inhalte der Bildungsreform gestritten wird, sorgt bereits neuer Zündstoff für Diskussionen, nämlich die Frage der Kosten für die Reform. Es wird angenommen, dass in der dritten Konsultationsphase, die im Juli beginnen soll, über dieses Thema am heftigsten gestritten werden wird (SCMP, 8. u. 9.5.00). Dass die Reform nicht kostenneutral vonstatten gehen wird, darüber sind sich alle einig, die Frage ist nur, wo das Geld herkommen und wie es verteilt werden soll. Die kostenintensivsten Reformen sind die Verlängerung der Sekundarschule von fünf auf sechs Jahre und des Hochschulstudiums von drei auf vier Jahre. Nach der Reform ist vorgesehen, dass alle Schüler der Form Five zur Form Six weitergehen. Bisher besucht nur ein Drittel der Schüler der fünften Sekundarschulklasse auch die sechste. Derzeit wendet die Regierung pro Sekundarschüler an öffentlichen Schulen pro Jahr 41.000 HK\$ auf, an subventionierten Schulen (die hauptsächlich aus privaten Mitteln finanziert werden) sind es 30.000 HK\$. Ein Jahr Grund-



studium an einer Hochschule kostet die Regierung pro Student 230.000 bis 240.000 HK\$ (ebd.).

Gegen höhere Steuern regt sich in Hongkong mit seinen bekanntlich relativ niedrigen Steuern äußerst heftiger Widerstand. Deshalb wird die Regierung versuchen müssen, weitere Quellen auszuschöpfen. Gegenwärtig gibt die Regierung jährlich 45 Mrd. HK\$ für das Bildungswesen aus, das sind 4% des BIP. Gut ein Drittel davon (17,5 Mrd.) erhalten die Universitäten, 27,6 Mrd. die Primar- und Sekundarschulen. Die Regierung hält es für notwendig, künftig verstärkt die Primar- und Sekundarstufe zu fördern, und erwartet von den Universitäten, dass diese das zusätzliche Studienjahr mit den vorhandenen Haushaltsmitteln finanzieren. In dieser Situation wird es unumgänglich sein, dass Eltern und Studenten mehr Schulgeld auf der Sekundarstufe II und mehr Studiengeld für das Hochschulstudium zahlen. Zur Zeit zahlen Studenten 18% des Hochschulstudiums selbst. Außerdem wird ein stärkeres Engagement der Wirtschaft erwartet. Sie sei schließlich der hauptsächliche Endverbraucher des Bildungsausputs, heißt es. (SCMP, 9. u. 15.5.00) -st-

### 37 Unzufriedenheit unter Hongkonger Angestellten

In einer Untersuchung über Arbeitseinstellungen bei 1.700 Angestellten in Asien kam das Unternehmen Asia Market Intelligence zu dem Ergebnis, dass die Hongkonger Angestellten die geringste Loyalität besitzen. Dementsprechend empfiehlt das Consulting den Hongkonger Unternehmen, aktiv auf die Verbesserung der Arbeitsbeziehungen einzuwirken. Sollte dies nicht in der nächsten Zeit passieren, müssten die Unternehmen mit einer massiven Abwanderung ihrer Angestellten rechnen. Diese Entwicklung könne bereits mit einer Erholung der Konjunktur in den folgenden Monaten einsetzen. Nur Unternehmen, die verstehen würden, welche zentrale Bedeutung die Loyalität der Angestellten habe, würden zukünftig überleben können.

Mehr als zwei Drittel der in Hongkong befragten Angestellten gaben an, dass

sie nicht mit ihrem Unternehmen zufrieden sind. Während in Hongkong 68% „nicht zufrieden“ sind, liegt dieser Anteil in Singapur, Taiwan und anderen asiatischen Ländern im Durchschnitt nur bei 55%. Auf dem chinesischen Festland sind dagegen sogar 71% „nicht zufrieden“ mit ihrem Unternehmen. Ein Großteil würde bereits auf der Suche nach neuen Arbeitsangeboten sein oder lediglich im Unternehmen ausharren, da es keine Gelegenheit zu einem Arbeitsplatzwechsel gebe.

Von den befragten Hongkonger Angestellten zählt die Consulting 27% zu einer Gruppe mit hohem Abwanderungsrisiko; weitere 41% würden nur bleiben, da es augenblicklich keine anderen Angebote gebe.

Lediglich 48% der befragten Angestellten in Hongkong gaben an, dass sie sich „fair behandelt“ fühlten; in Singapur liegt dieser Anteil dagegen bei 78%. Von den Befragten sagten 44%, dass die Unternehmensleitung sich um die Angestellten ausreichend kümmere, 48% gaben an, dass ihnen die Unternehmensleitung vertraue und 51% verbanden mit ihrer Tätigkeit ein Erfolgsgefühl.

Um die Zufriedenheit der Angestellten wieder herzustellen, bedarf es nach Einschätzung des Consulting nicht in erster Linie hoher Investitionen. Es gehe vielmehr nach Einschätzung von Ian Large, dem stellvertretenden Direktor des Consultings, um die weichen Aspekte der Arbeitsbeziehungen wie faire Behandlung, gegenseitige Loyalität, Vertrauen und hohe Akzeptanz des Unternehmens in der Öffentlichkeit: „It's not salary driving commitment but more warm and fuzzy aspects of relationship - it's about being treated fairly, the employer returning the loyalty I'm showing, being trusted, and working for companies with strong reputations.“ Bereits geringfügige Veränderungen würden zur Verbesserung der Beziehungen beitragen können, wie z.B. die öffentliche Anerkennung ihrer Arbeit oder die Erlaubnis, die Computer des Unternehmens für eine begrenzte private Internet-Nutzung zur Verfügung zu stellen.

Die Unternehmen müssten sich Ian Large zufolge fragen, ob sie sich ausreichend um die Arbeitsplatzzufrie-

denheit ihrer Angestellten kümmern würden. Wenn dies nicht der Fall sei, würden die Arbeitskräfte schon bei einem um 100 HK\$ höheren Gehalt in ein anderes Unternehmen abwandern.

Zu der Studie nahm James Tien Peichun, Vertreter der Handelskammer im Parlament, Stellung. Die Untersuchung zeige seiner Meinung nach nur, dass die Angestellten durch einen Arbeitsplatzwechsel mehr verdienen wollten. Eine hohe Mobilität sei nicht notwendigerweise schlecht, da neue Angestellte auch neue Ideen mitbringen würden. (SCMP, 25.5.00) -schü-

### 38 Hongkongs Mittlerrolle wird durch direkte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Festlandchina und Taiwan weiter reduziert

Die neue politische Führung in Taiwan hat zur Frage direkter wirtschaftlicher Beziehungen eine neue Position eingenommen. Das taiwanische Parlament stimmte noch im März für die Einrichtung der „drei Verbindungen“, also direkter Handelsbeziehungen, direkter Kommunikation und direktem Transport. Obwohl diese Entscheidung zunächst symbolische Bedeutung hat, da nur die Taiwan vorgelagerten kleinen Inseln Jinmen, Matsu und Pescadores die direkten Verbindungen genießen können, wird sich der wirtschaftliche Integrationsprozess weiter fortsetzen. (FEER, 1.4.00) Die wachsende wirtschaftliche Verflechtung zwischen Festlandchina und Taiwan wirkt sich mittelfristig auf eine Reduzierung der Mittlerrolle Hongkongs aus.

Trotz bestehender Investitionsauflagen für taiwanische Unternehmen (durch die Regierung in Taiwan) war Festlandchina auch im Jahre 1999 der wichtigste Investitionsstandort für diese Unternehmen. Rund 40% der gesamten Auslandsinvestitionen Taiwans entfallen derzeit auf Festlandchina. (*Taipei Journal*, 28.4.00) Das bilaterale Außenhandelsvolumen erreichte mit 25,8 Mrd. US\$ einen Rekordwert. (NfA, 13.3.00) Der Handel ist im Wesentlichen beschränkt auf Exporte Taiwans, die vor allem aus Zwischengütern und Komponenten für die Exportproduktion vor Ort bestehen. Auf Grund vielfältiger Beschränkun-



gen der Importe weist Taiwan im Handel mit China einen hohen Überschuss aus. (FEER, 1.4.00)

Hongkong hat von den Restriktionen Taiwans bisher profitiert und eine Mittlerrolle im Tourismus, im Handel und bei Investitionen übernommen. Mehr als zwei Millionen taiwanesischen Touristen kamen im letzten Jahr nach Hongkong, von denen ein großer Teil den Umweg über Hongkong für die Reise auf das chinesische Festland machen muss. Der Hongkonger Handel mit Taiwan betrug im letzten Jahr 133,5 Mrd. HK\$ und mit Festlandchina 1.057 Mrd. HK\$, das waren 43% des gesamten Hongkonger Außenhandels. Die Reexporte über Hongkong im Handel zwischen Taiwan und Festlandchina beliefen sich auf 76,5 Mrd. HK\$ im Jahre 1999.

Schätzungen zufolge gibt es rd. 3.000 taiwanesischen Unternehmen in Hongkong mit rd. 100.000 Beschäftigten. An der Hongkonger Börse notieren sechs taiwanesischen Unternehmen. Da die meisten taiwanesischen Unternehmen Hongkong als Sprungbrett für ihre Geschäfte auf dem Festland nutzen, könnten sie ihren Standort aufgeben, sobald direkte Wirtschaftsbeziehungen eingerichtet werden.

Für den Hongkonger Minister für Handel und Industrie, Chau Tak-hay, wird die Aufnahme direkter Wirtschaftsbeziehungen zwischen Festlandchina und Taiwan dagegen positive Auswirkungen auf Hongkong haben. So erwartet er eine steigende Nachfrage nach Dienstleistungen und eine Ausweitung der Geschäftsmöglichkeiten. Weniger optimistisch gibt sich Wu Cheih-ming, Direktor des Far East Trade Service, dem Hongkonger Arm des taiwanesischen Wirtschaftsministeriums. Wu zufolge werden sich direkte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Taiwan und dem Festland für Hongkong sehr negativ auswirken. Anfänglich mögen zwar einige taiwanesischen Unternehmen noch der Regierung auf dem Festland misstrauen und ihre Unternehmen weiter in Hongkong operieren lassen. Sobald sich jedoch eine Routine eingestellt habe und die Kostengünstigkeit direkter Beziehungen offensichtlich wird, könnte auf die Mittlerrolle Hongkong nahezu ganz verzichtet werden. Der anstehende Beitritt Chinas und damit auch Taiwans zur

WTO werde die Entscheidung direkter Wirtschaftsbeziehungen beschleunigen. Wu geht davon aus, dass bereits in den nächsten zwei bis drei Jahren umfassende direkte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Taiwan und Festlandchina bestehen werden.

Auch andere taiwanesischen Analysten wie Ben Kwong, stellvertretender Direktor für Investitionsdienstleistungen bei KHI Asia Ltd., einem taiwanesischen Wertpapierhaus, sehen die Notwendigkeit für einen Wandel in der Hongkonger Wirtschaftsstruktur: „Hong Kong needs to restructure its economy from an entrepot to a knowledge-based economy with its own high-tech industry. The territory should reduce its reliance on re-exports before it's too late.“ (*Nikkei Weekley*, 29.5.00) - schü-

---



---

## SVR Macau

---



---

### 39 Regierungschef Edmund Ho besucht Portugal und Frankreich

Der Regierungschef der Sonderverwaltungsregion Macau (SVRM), Edmund Ho Hau Wah, stattete vom 16. bis 25. Mai Portugal und Frankreich einen offiziellen Besuch ab. Es war seine erste offizielle Auslandsreise seit seiner Amtseinführung. Als Hauptziel seiner Reise nannte Ho die Bekanntmachung des Reisepasses der SVRM in der EU. Hierfür boten sich die beiden Länder als Besuchsziele besonders an, hat Portugal doch im ersten Halbjahr die Präsidentschaft in der EU inne, bis es dann in der zweiten Jahreshälfte von Frankreich abgelöst wird. Zu Edmund Hos Entourage gehörten Susana Chou, Präsidentin der Legislativversammlung, Francis Tam Pak Yuen, Wirtschafts- und Finanzsekretär, sowie 13 Geschäftsleute. Während seines dreitägigen Portugalbesuchs traf Ho mit Staatspräsident Sampaio, Regierungschef Guterres, Außenminister Jaime Gama, Justizminister Antonio Costa, Minister für Wissenschaft und Technologie Jose Mariano Gago und Vertretern der Wirtschaft zusammen. Edmund Ho und Jaime Gama unterzeichneten ein Abkommen über die ge-

genseitige Förderung und den Schutz von Investitionen. Eins von zehn Gesprächsthemen zwischen den beiden Politikern war die Veränderung von Gesetzen, die die neue Regierung vorgenommen hat. Es handelt sich hier allerdings nur um vereinzelte Änderungen und technische Abänderungen, die von Geschäfts- und Wirtschaftskreisen Macaus vorgeschlagen wurden. Beide Seiten bemühten sich nach Presseberichten, das Problem herunterzuspielen. Die geringfügigen Änderungen, so Edmund Ho, dienten der Verbesserung von Macaus Rechtsgefüge, und er schloss weitere Änderungen an Gesetzen in der Zukunft nicht aus. Ein enger Freund von Ex-Gouverneur General Vasco Rocha Vieira, der frühere Justizsekretär in Macau, Jorge Silveira, hatte in der einflussreichen Zeitung *Diario de Noticias* der Regierung der SVRM vorgeworfen, sie verletze die Gemeinsame Sino-Portugiesische Erklärung, weil jüngst einige Veränderungen auf dem Gebiet des Handelsrechts und des Verfahrens von Notaren vorgenommen worden waren. Die Behauptung wurde sofort vom portugiesischen Justizministerium zurückgewiesen. Ein anderes kontroverses Thema - die Jorge-Alvares-Stiftung (s. die folgende Übersicht) - wurde von Edmund Ho nicht angesprochen; es stünde nicht auf seiner Tagesordnung für diese Reise, so der Regierungschef. (*Diario de Noticias* web site, Lissabon, 18.5.00, in SWB, 20.5.00; SCMP, 27.5.00) Auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem portugiesischen Außenminister erklärte Edmund Ho lediglich, es liege an General Vieira, ob das Geld Macau zurückgegeben werde. Die Kontroverse habe die freundschaftliche Beziehung Macaus zu Portugal nicht beeinträchtigt. Am Ende seiner Portugalreise schrieb die portugiesische Wochenzeitung *Expresso*, dass die portugiesische Regierung und Präsident Sampaio während seines Besuchs von General Vieira abgerückt seien. Der Präsident dementierte dies im Rundfunk: „Wir werden Leute wie Rocha Vieira, die für Portugal großartige Dienste geleistet haben, nicht kreuzigen.“ (SCMP, 27.5.00)

Am 20. Mai flog Edmund Ho weiter nach Paris. Hier kam es am 22. Mai zu einem nicht vorgesehenen Treffen mit Präsident Jacques Chirac. Am Morgen besuchte Macaus Regierungs-